

den ist, bestehen zwangsläufig weiterhin gewisse Einflüsse.

SPIEGEL: Aber diese Einschätzung hinderte Sie bisher nicht, mit den Kommunisten zu paktieren. Sind die Kommunisten für Sie unerlässlich?

MARTINET: Wir wollen die Kommunisten zwingen, ihre Haltung zu ändern. Und wir wissen, daß das nicht durch sanftes Zureden, sondern nur durch eine Reihe von Kraftproben erfolgen kann. Für die französischen Sozialisten gibt es keinen anderen Weg als diesen Kampf.

SPIEGEL: Ein Kampf, der sich wahrlich arithmetisch für Sie auszahlt. Vor fünf Jahren hatten die Sozialisten kaum 15 Prozent der Wähler hinter sich, jetzt aber wohl etwa 30 Prozent.

MARTINET: Es ist typisch, daß die Kommunisten in der erbitterten Diskussion nie qualitative Probleme erörtern wollten, sondern ausschließlich quantitative. Gegenüber der Arbeiterklasse wollen sie sich als jene aufbauen, die größere Lohnerhöhungen, mehr Verstaatlichungen und bedeutendere Sozialleistungen fordern. Dies alles trotz der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Lage. In keinem

Augenblick erkannte man sie als Vertreter einer neuen Vision des Sozialismus; für uns aber ist gerade das sehr wichtig.

SPIEGEL: Wenn aber wegen dieser Meinungsverschiedenheiten die Volksfront 1978 nicht die Regierung übernehmen kann, wäre das letztlich nicht tragischer für die Sozialisten als für die Kommunisten? Die Kommunisten verfügen über eine starke Organisation und können durchhalten, die Sozialisten aber weitaus weniger ...

MARTINET: ... so sehen das die Kommunisten, und darüber hinaus sagen sie sich, daß François Mitterrand ja schließlich sterblich ist, daß ein großer Teil der sozialistischen Erfolge dem Charisma Mitterrands zu verdanken ist und daß also ein Zeitgewinn günstig für sie ist. Sie täuschen sich.

SPIEGEL: Ist es vollständig ausgeschlossen, daß die Sozialisten schließlich mit Giscard d'Estaing paktieren und mit ihm eine Regierung der linken Mitte bilden?

MARTINET: Das ist vollkommen ausgeschlossen. Eine solche Koalition wäre Selbstmord für die Sozialistische Partei. In der Vergangenheit hatte die

Sozialistische Partei immer einen Niedergang zu verzeichnen, wenn sie ein Bündnis mit der Rechten abschloß: einer Rechten, die in Frankreich sehr stark bleibt, selbst wenn es sich in vieler Hinsicht um eine liberale Rechte handelt. Wir meinen, daß jetzt die Wahl einer Gesellschaftsordnung zu treffen ist, und wir Sozialisten sind davon überzeugt, daß wir den richtigen Weg repräsentieren.

SPIEGEL: Ist ein Volksfront-Bruch nicht gleichbedeutend mit dem Ende der politischen Laufbahn Mitterrands?

MARTINET: Mitterrand ist weiterhin überzeugt, daß wir siegen können. Aber selbst wenn wir 1978 nicht siegen, sondern es statt dessen eine Konsolidierung der Rechten geben sollte, so ist dieser Mann, der heute immer stärker in historischen Dimensionen denkt, vor allem darauf bedacht, seinen Nachfolgern eine Sozialistische Partei zu hinterlassen, die endgültig die stärkste Partei Frankreichs geworden ist. Deshalb will er auch keine wesentlichen Konzessionen machen. Er will in der Geschichte als der Mann dastehen, der die politische Landschaft Frankreichs verändert hat.

„Wir können nicht mehr nachgeben“

SPIEGEL-Interview mit René Andrieu, Chefredakteur des KP-Zentralblattes „l'Humanité“



ZK-Mitglied Andrieu
„Unsere Politik wird sich durchsetzen“

SPIEGEL: Herr Andrieu, Ihr Parteichef Georges Marchais und der Sozialistenführer François Mitterrand bestreiten öffentlich, wovon sie innerlich überzeugt zu sein scheinen: daß die Volksfront nicht mehr existiert. Sind die Kommunisten daran schuld?

ANDRIEU: Ich kann nicht in die Tiefen von François Mitterrand sehen. Aber was nicht mehr existiert, ist ein Gemeinsames Regierungsprogramm der Linken. Ich weiß wohl, daß jeder Partner im allgemeinen die Verantwortung auf den anderen abwälzt. Aber ich meine, wir haben bewiesen, daß die Sozialistische Partei für diese Situation eine sehr große Verantwortung trägt. Jetzt muß die Sozialistische Partei einen Schritt in unsere Richtung tun. Wir haben maximale Konzessionen gemacht.

SPIEGEL: Mit dieser Haltung wehren Sie möglicherweise den Arbeitern, die Ihnen Vertrauen schenken, eine Vertretung in der Regierung.

ANDRIEU: Das Wichtigste für uns und die Arbeiter ist, morgen eine Politik zu betreiben, die neu ist und den Interessen der Arbeiter entspricht. Das Wichtigste für uns ist nicht, in einer Regierung drei oder vier Minister zu haben, die Blumen-Shows eröffnen. Wir bedauern, daß die Sozialistische Partei ihre 1972 eingegangenen Verpflichtungen in wichtigen Punkten nicht mehr einhält.

SPIEGEL: Was meinen Sie damit?

ANDRIEU: Auf der Basis der sozialistischen Vorschläge könnten wir unsere sozialen Versprechen nicht erfüllen. Die Sozialistische Partei verweigert uns ein notwendiges Minimum an Verstaatlichung, eine Kapitalsteuer und eine Vermögensteuer.

SPIEGEL: Ist Ihre Partei bereit, Konzessionen zu machen, um die Einheit der Linken zu retten?

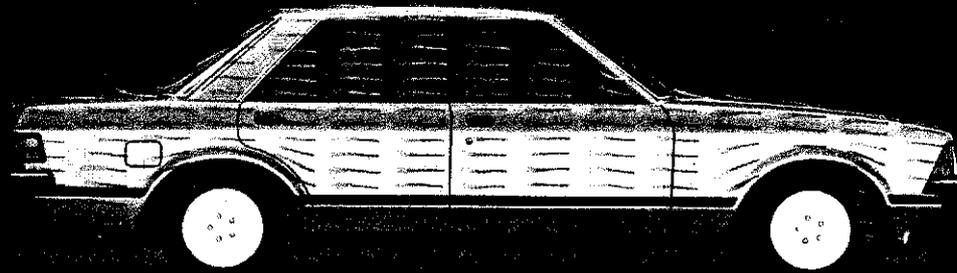
ANDRIEU: Wir haben bereits zahlreiche Konzessionen gemacht, beispielsweise die Zahl der Verstaatlichungen von 1200 auf 729 Filialen großer Unternehmen reduziert. Hierin können wir nicht mehr nachgeben.

SPIEGEL: Wenn die beiden Linksparteien getrennt in den Wahlkampf ziehen sollten, würde die Linke vermutlich besiegt werden.

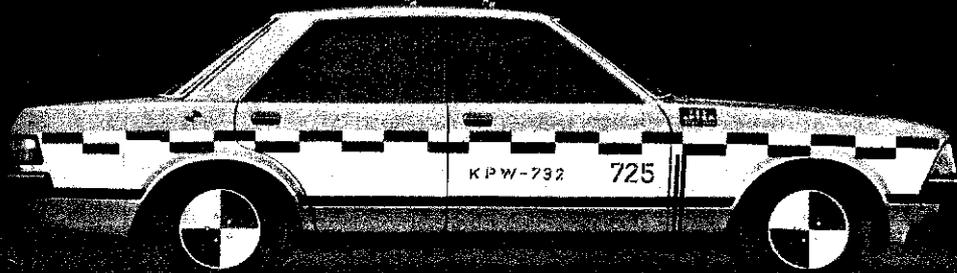
ANDRIEU: Nicht alle teilen Ihre Meinung. Der sozialistische Bürgermeister von Marseille etwa, Gaston Deferre, hat erklärt, wenn kein Abkommen zwischen den Linksparteien erfolgte, würde die Sozialistische Partei bis zu 40 Prozent der Wählerstimmen erhalten.

SPIEGEL: Und Sie glauben das?

ANDRIEU: Er ist wohl leicht optimistisch. Auf jeden Fall ist es möglich, daß die Linksparteien noch die Mehrheit erhalten, denn die Unzufriedenheit



Im Windkanal wurde die aerodynamische Linie verfeinert:
Geringerer Luftwiderstand bedeutet geringeren Kraftstoffverbrauch.



Crash-Tests haben das geplante Zusammenwirken von verformbaren
Zonen und formstabiler Zelle bestätigt.



Serienmäßig bei allen Modellen: die Sicherheits-Kombination von Verbundglas-
Frontscheibe, Automatik-Gurten und höhenverstellbaren Kopfstützen vorn.

Ein Gefühl von Geborgenheit, das nur aus hochentwickelter Technik kommt. Der neue Ford Granada.

Beim neuen Granada beginnt der konstruktive Aufwand da, wo auch die Sicherheit anfängt: vier unabhängig gefederte Räder, die Hinterräder an Doppelgelenk-Schräglenkern geführt, vorne Doppelquerlenker mit zusätzlichem Querstabilisator sowie eine exakt arbeitende Zahnstangenlenkung.

Zusammen mit der breiten Spur und dem langen Radstand ergibt das jene Präzision im Fahrverhalten, die Kennzeichen einer aufwendigen Fahrwerkskonstruktion ist.

Der neue Granada bietet auch einen beträchtlich reduzierten Wartungsaufwand: Inspektionen finden nur noch alle 20.000 km statt. (Dazwischen lediglich eine Kontrolle.)

Alle V6-Motoren sind mit einer kontaktlosen Transistorzündung ausgerüstet, die sich nicht mehr verstellt und an der Kontakte nicht mehr verschleißt. Außer dem 1.7-Liter-V4 (70 und 73 PS) gibt es die berühmten V6-Motoren mit 2.0 und 2.3 Litern, ergänzt durch zwei neue 2.8-Liter in Vergaser- und Einspritz-Version.

So ist der neue Granada eine interessante Veränderung in der gehobenen Klasse. Zum Vorteil des Autokäufers, der hohen technischen Aufwand zu vernünftigen Preisen bekommt.



Das Zeichen der Vernunft.

über die Regierungspolitik ist im Lande sehr groß.

SPIEGEL: In einem Bericht vor dem Zentralkomitee hat Georges Marchais behauptet, die Sozialistische Partei sei anfällig gegenüber internationaler Beeinflussung, vor allem die Partei Helmut Schmidts übe Druck aus. Was meinte Herr Marchais damit?

ANDRIEU: Zahlreiche westdeutsche Politiker haben beispielsweise erklärt, die Kommunisten dürften in Frankreich nicht an die Macht kommen, was nach meiner Auffassung eine absolut unzulässige Einmischung in die französischen Angelegenheiten ist. Im Juni 1977 haben die sozialistischen Parteien der EG ein gemeinsames Wahlprogramm verabschiedet, das im

ANDRIEU: Es ist klar, daß Giscard d'Estaing dieses Ziel verfolgt. Er hat es deutlich gesagt. Er hat erklärt, daß es einen Machtwechsel in Frankreich nur geben kann, wenn die Kommunistische Partei auf 15 Prozent der Wählerstimmen reduziert ist. Dann könnte sich die Sozialistische Partei mit einem Teil der gegenwärtigen Regierungsmehrheit verbünden.

SPIEGEL: Die Sozialisten sagen, dieses sei die Meinung von Giscard d'Estaing, nicht aber ihre.

ANDRIEU: Aber ich erinnere mich sehr gut daran, was François Mitterrand bei dem Gründungskongreß der Sozialistischen Partei in Epinay und beim Kongreß der Sozialistischen Internationale in Wien erklärt hat: daß er

in Nantes registrierten überdies selbst nichtkommunistische Beobachter den selbstsicheren Ton von François Mitterrand. Sogar eine Zeitung wie „Le Monde“ hatte damals geschrieben, daß Mitterrand den Eindruck vermittelte, sich die Hände frei halten zu wollen, um seine Politik durchzuführen.

SPIEGEL: Die Sozialisten sehen das anders: Sie argumentieren, daß Ihre harte Haltung das Resultat von Meinungsverschiedenheiten innerhalb Ihrer Partei ist und daß sich vielleicht auch ein gewisser sowjetischer Einfluß bei der Kommunistischen Partei bemerkbar macht.

ANDRIEU: Beide Gründe erscheinen mir wenig seriös. Was die sogenannten Meinungsverschiedenheiten innerhalb unserer Partei anbelangt, so kann ich als Mitglied des Zentralkomitees bezeugen, daß da Übereinstimmung herrscht. Und wenn Sie eines Tages erfahren, daß es zu dieser Zeit Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Zentralkomitees gegeben habe, so können Sie mich getrost einen Lügner nennen. Jene, die in dieser Angelegenheit die Hand Moskaus sehen, leben auf dem Mond. Die Kommunistische Partei Frankreichs definiert ihre Politik in aller Unabhängigkeit und würde weder Direktiven noch Ratschläge, selbst wenn sie freundschaftlich wären, von irgendeiner Seite akzeptieren. Wir meinen: Die französische Politik wird weder in Moskau noch in Washington oder Bonn, sondern in Paris entschieden.

SPIEGEL: Glauben Sie wirklich, daß angesichts der Weltwirtschaftskrise, der Inflation und der Arbeitslosigkeit Ihre Pläne wie die Nationalisierungen und die bedeutende Erhöhung der Sozialleistungen realisiert werden können?

ANDRIEU: Das ist das grundsätzliche Problem. Das Gemeinsame Programm, die Verstaatlichungen, die strukturellen Reformen, sind eine Antwort auf die Wirtschaftskrise. Von diesem Standpunkt aus würden wir es natürlich bedauern, sollten wir uns morgen nicht an der Regierung beteiligen. Aber wir wollen das ja nicht aus persönlichem Vergnügen, wir wollen innerhalb der Regierung im Dienste der Arbeiter tätig sein.

SPIEGEL: Angesichts der Differenzen mit den Sozialisten müßten Sie eigentlich pessimistisch bezüglich des Ausgangs der Parlamentswahlen sein.

ANDRIEU: Ich gehöre der Kommunistischen Partei seit 35 Jahren an, und seitdem bin ich immer optimistisch gewesen. Ich bin der Überzeugung, daß wir eine Verschärfung der Krise des Kapitalismus in allen Bereichen miterleben. Da man dem nicht mit kleinen Mittelchen ein Ende machen kann, sind fundamentale Reformen erforderlich. Deshalb bin ich überzeugt, daß früher oder später unsere Politik sich durchsetzen wird. ◆

LA VICTOIRE DE LA GAUCHE



KP-Chef Marchais, Sozialistenführer Mitterrand: Stimmen auf Kosten der Kommunisten

Widerspruch steht zur Politik des 1972 von den französischen Sozialisten und Kommunisten vereinbarten Gemeinsamen Programms.

SPIEGEL: Im Jahre 1972 haben Sie das Gemeinsame Regierungsprogramm mit der Sozialistischen Partei unterzeichnet. Im Jahre 1977 entdecken Sie, daß diese Partei von Politikern geführt wird, die der Bourgeoisie dienen wollen?

ANDRIEU: Die Sozialistische Partei unterliegt zwei gegensätzlichen Strömungen. Eine reflektiert die Erwartung der Arbeiter, die eine tatsächliche Veränderung der Politik wollen, die andere den Einfluß der dominierenden Bourgeoisie, die sie nach rechts zieht. Im Moment ist diese Tendenz die stärkere.

SPIEGEL: Würden Sie sagen, die Sozialisten könnten der Versuchung erliegen, mit Giscard d'Estaing zu paktieren?

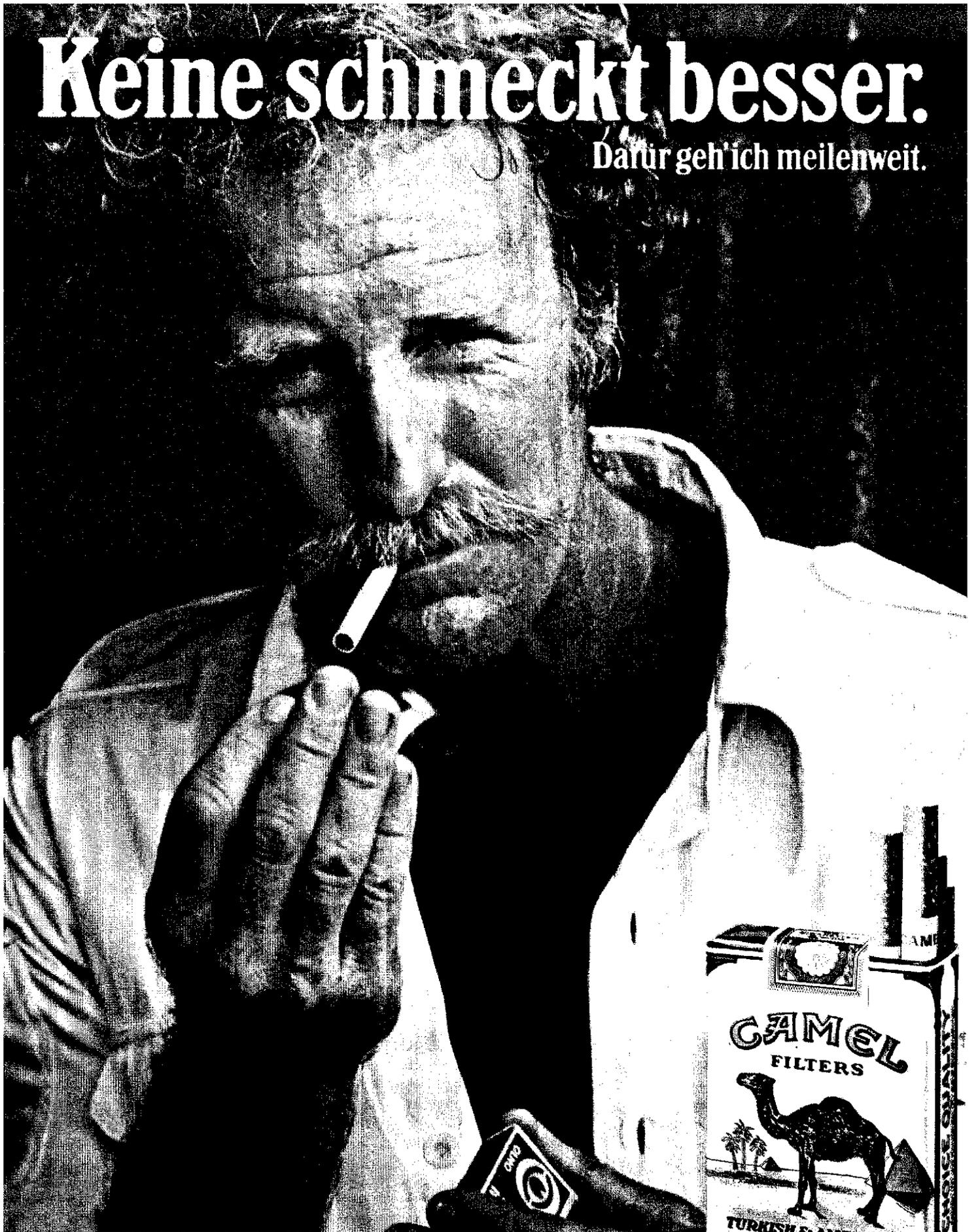
nämlich auf Kosten der Kommunistischen Partei drei Millionen Stimmen gewinnen wolle und die Sozialistische Partei dann frei sein würde, ihre eigene Politik zu machen. Das heißt: In dem Augenblick sind sie an gemeinsame Vereinbarungen nicht länger gebunden. Natürlich können wir nicht an einem Unternehmen teilnehmen, das zum Ziel hat, unseren Einfluß zu reduzieren. Deshalb verteidigen wir mit so viel Engagement die Interessen der Arbeiter. Ich glaube absolut nicht daran, daß die Sozialistische Partei die geringste Chance hat, uns auf den Stand einer kleinen Partei zu reduzieren.

SPIEGEL: Wann haben Sie zum erstenmal eine Rechtswendung der Sozialistischen Partei ausgemacht?

ANDRIEU: Sie wurde Anfang des Jahres spürbar und war besonders eindeutig nach den letzten Gemeindewahlen. Auf dem sozialistischen Parteitag

Keine schmeckt besser.

Dafür geh'ich meilenweit.



Camel Filter stimmt im Geschmack und in den Werten.

Vergleichen Sie mit Ihrer Marke. NIKOTIN 0,8 mg, KONDENSAT 14 mg (Durchschnittswerte nach DIN)